

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 18. März 2024; Bericht

Am 18. März 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, Belarus sowie Lage im Nahen Osten. Zudem fand ein informeller Austausch mit dem amerikanischen Außenminister Antony Blinken statt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell Armenien/Aserbaidschan, Niger sowie die Situation in Haiti angesprochen.

Im Rahmen des informellen Austausches mit dem amerikanischen Außenminister Antony Blinken begrüßte ich den Austausch mit den EU-Mitgliedstaaten sowie das bilaterale Treffen am 15. März in Wien. Ich betonte die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen und unterstrich, dass es in einem herausfordernden Jahr wie 2024 der Einheit und Stärke bedürfe. Russland führe nicht nur den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort, sondern spiele auch eine destabilisierende Rolle in Afrika und Lateinamerika. In den USA sowie in der EU und einzelnen EU-Mitgliedstaaten stünden entscheidende Wahlen an. Es sei davon auszugehen, dass sich Russland mit hybriden Angriffen und Desinformationsaktivitäten in Wahlkämpfe einmischen werde. Darüber hinaus dankte ich für die im Rahmen des Besuchs in Wien ausgedrückte US-Unterstützung im Zusammenhang mit den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstrich der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba die Notwendigkeit der weiteren Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte. Die Ukraine habe alle ausstehenden Schritte im Erweiterungsprozess erfüllt, hoffe auf rasche Fortschritte und ein starkes

14. Sanktionspaket sowie weitere Schritte bei immobilisierten russischen Vermögenswerten. Außerdem sprachen die EU-Mitgliedstaaten die militärische Unterstützung, Sanktionen, EU-Erweiterung und Rechenschaftspflicht an. Zur Frage der Abschöpfung immobilisierter russischer Vermögenswerte betonte Österreich die Notwendigkeit einer soliden Rechtsgrundlage sowie die Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf den EU-Finanzsektor. Darüber hinaus unterstützte Österreich die Listungen im Zusammenhang mit dem Tod des Oppositionellen Alexei Nawalny und informierte über ein rezentes Treffen der Kerngruppe für die Einrichtung eines Sondertribunals zum Verbrechen der Aggression in Wien.

In der Diskussion zu Belarus verwies der Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Oliver Várhelyi, auf Sanktionsumgehung sowie eine Zunahme illegaler Migrationsbewegungen an der EU-Außengrenze zu Belarus. Die Mitgliedstaaten begrüßten in der Diskussion die fortlaufenden Bemühungen der EU innerhalb und außerhalb von Belarus und kritisierten den wachsenden russischen Einfluss auf Belarus.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten forderte Österreich die sofortige und bedingungslose Freilassung aller nach Gaza verschleppten Geiseln. Die Verbesserung des humanitären Zugangs nach Gaza sei ebenfalls dringend notwendig. Eine israelische Militäroffensive in Rafah ohne einen glaubwürdigen Plan für den Schutz der Zivilistinnen und Zivilisten sei abzulehnen. Betreffend das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) begrüße Österreich die erfolgten Schritte durch die Vereinten Nationen, man warte nun die Ergebnisse der „Colonna-Kommission“ ab. Zudem benötige man Klarheit, wie die Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen innerhalb UNRWA gestärkt werden. Die bilaterale Hilfe über andere Kanäle (Welternährungsprogramm, IKRK, UNICEF) wurde auf bislang 23 Millionen Euro aufgestockt. Österreich begrüßte die Einigung auf Sanktionen gegen die Hamas im Zusammenhang mit systematischer sexueller Gewalt am und nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober sowie gegen die Geiseln in Gaza. Der Bericht der Sonderbeauftragten für sexualisierte Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, verdeutliche die schockierenden Zeugenaussagen. Zudem unterstützte Österreich den Kompromiss zur Sanktionierung gewalttätiger israelischer Siedler.

Unter Sonstiges informierten Österreich und Italien über den gemeinsamen Besuch der beiden Außenminister in Bosnien am 4. März, bei welchem die Unterstützung für eine EU-Perspektive des Landes zum Ausdruck gebracht und weitere Reformen eingefordert wurden. Bosnien habe in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte erzielt, weitere Reformarbeiten seien aber notwendig. Die EU müsse diesen starken Fortschritts- und

Reformwillen anerkennen. Eine weitere Verschiebung der Beitrittsverhandlungen würde die derzeitige Reformdynamik gefährden.

Der Rat nahm zudem Schlussfolgerungen zur Grünen Diplomatie an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. April 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister